

21.09.2012 - 16:24 Uhr

## Kompensation der Kaufkraft auf den Renten durch Einmalzulage

Bern (ots) -

Pensionierte Bundesangestellte haben heute an einer Tagung eine Resolution verabschiedet, in der sie von ihrem ehemaligen Arbeitgeber, dem Bund, eine Einmalzulage von Fr. 1000.- fordern. Damit soll wenigstens teilweise die Kürzung der Renten kompensiert werden, da seit 2005 die Teuerung nicht mehr ausgeglichen wird. Die Rentnertagung, an der über 150 Personen teilgenommen haben, wurde von der Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB) der Gewerkschaften PVB, VPOD, garaNto und PVfedpol organisiert. Seit 2005 wird den Rentnerinnen und Rentnern keine Teuerungszulage mehr gewährt. Gleichzeitig erzielt der Bund Überschüsse in Milliardenhöhe - allein von 2006 bis 2010 waren es insgesamt ca. 20 Milliarden Franken. Auch die seinerzeitigen Angestellten haben zu diesen hervorragenden Resultaten beigetragen. Nun sollen sie einmal mehr leer ausgehen. Als im Jahr 2003 die Bundespensionskasse PUBLICA ausfinanziert wurde, basierten die damaligen Berechnungen auf falschen Grundlagen. Dies führte zu einer markanten Lücke beim Rentendeckungskapital, die durch den Entscheid des Parlaments, Rentnerinnen und Rentner von ausgegliederten Betrieben bei der PUBLICA zu belassen, zusätzlich verstärkt wurde. Deshalb sind die Rentnerinnen und Rentner auch nicht weiter bereit, den Preis für die damaligen Fehlentscheide zu zahlen. Obwohl PUBLICA zurzeit keine Unterdeckung aufweist, kann sie in den kommenden Jahren auf Grund gesetzlicher Vorschriften die Renten nicht der Teuerung anpassen. Der Bund als ehemaliger Arbeitgeber steht in der moralischen Pflicht und hat die gesetzliche Möglichkeit, die Kaufkraft seiner Rentnerinnen und Rentner zu erhalten und zu stützen. Vom Preisanstieg für Konsumgüter und Dienstleistungen sind ältere Menschen besonders betroffen. Ständig steigende Krankenkassenprämien, Wohnausgaben, Pflege- und Arztkosten belasten sie stark. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Rentnertagung fordern den Bundesrat deshalb auf, künftig die Teuerung auf den Renten zu gewähren. Als Sofortmassnahme soll allen pensionierten Bundesangestellten eine Einmalzulage von Fr. 1000.- ausgerichtet werden. Weiter fordern die Rentnerinnen und Rentner, dass die Sozialpartner konsequent bei allen Massnahmen zur Sicherung des Leistungsniveaus einbezogen werden.

Kontakt:

Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB)

André Eicher, Zentralsekretär garaNto und Präsident VGB, Tel. 079 380

52 53

Maria Roth-Bernasconi, Generalsekretärin PVB, Tel. 078 718 71 13

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100725264> abgerufen werden.